

**(Abg. Heimes)**

nanz dargestellt. Ich hoffe und wünsche uns, dass wir weiterhin mit all unserem Mut und unserer Kraft diese Anstrengung unternehmen können im Sinne und zum Wohle unseres Landes und sage, weil es mir so gut gefällt und dem Anlass im nächsten Jahr gerecht wird: Alles Gute Saarland, alles Gute Aufsteigerland!

(Abg. Commerçon (SPD): Glück auf! - Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Vogtel:**

Herzlichen Dank, das Wort hat der Kollege Hubert Ulrich.

**Abg. Ulrich (B 90/Grüne):**

Kollege Vogtel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch mal auf die Diskussion über die Steuerprüfer eingehen. Mein Kollege Jost hat eben eine Menge Richtiges zu diesem Thema ausgeführt.

(Abg. Jost (SPD): Lass mich da raus! - Heiterkeit.)

In der Generaldebatte heute Morgen habe ich es bereits angesprochen. Ich empfinde es als sehr kurios, dass in einem Land mit einer derart horrenden Verschuldung und immensen Finanzproblemen der zuständige Minister nicht in stärkerem Maße und rechtzeitig auf ein solches Problem eingeht. Sie regieren ja nicht erst seit gestern, sondern seit 1999. Meine Vorrednerin von der CDU hat eben versucht, unseren Antrag ins Lächerliche zu ziehen, der lediglich die Forderung zum Inhalt hat, mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer im Lande einzustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Jungmann (CDU).)

Jetzt will ich doch noch mal die Zahl aus diesem Schreiben der Deutschen Steuergewerkschaft nennen. Da steht drin, wie viele Stellen im Finanzamt Mainzer Straße nicht besetzt sind. Das Soll liegt bei 186 Prüfern, das Ist liegt bei 105 Prüfern. Damit komme ich auf 81 Fehlstellen. Wir als Grüne haben in diesem Jahr gerade mal 15 Stellen beantragt. Man rechnet über den Daumen eine Million Euro an Mehreinnahmen pro Betriebsprüfer. Die Diskussion, die hier von Seiten der CDU geführt wird, ist eine echte Gespensterdiskussion und Ihre Vorgehensweise ist an dieser Stelle nicht mehr nachvollziehbar; man kann es nicht oft genug sagen.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Ein zweiter Punkt, wo das Land mittelfristig und auch langfristig Geld sparen könnte, wäre eine konsequente Umsetzung des Hesse-Gutachtens. Aber auch das geschieht nicht. Es werden nur kosmetische Maßnahmen vollzogen, an die wirklichen Strukturen in diesem Lande geht die Regierung nicht ran, zum Beispiel an die sinnvolle Zusammenfassung von Landkreisen. Eine sinnvolle Zusammenfassung von Strukturen geschieht nicht. Es werden andere Dinge in den Vordergrund geschoben. Da sind parteitaktische Erwägungen wichtiger, als für das Land mittel- und langfristig Geld einzusparen.

Ein weiterer Punkt, den wir in dieser Haushaltsberatung wiederholt beantragt haben - darauf werde ich morgen bei der Beratung des Umweltetats noch genauer eingehen -, ist das Thema Energieeinsparung. Ich will heute nicht die ökologische Seite diskutieren, sondern nur die ökonomische. Das Land verschwendet Jahr für Jahr zig Millionen an Energiekosten, weil die Landesregierung nicht willens ist, entsprechend in die Gebäude des Landes zu investieren. Die ökologischen Standards unserer Gebäude sind eine Katastrophe, ob es die Ministerien sind, ob es dieser Landtag ist. Sie können hinschauen, wohin Sie wollen. Überall ließe sich viel Geld einsparen. Das Thema wird ganz einfach nicht angepackt. Sie haben jetzt - offenbar auf Druck der Grünen -

(Lachen der Abgeordneten Heimes (CDU))

endlich mal 120.000 Euro in diesen Haushalt eingestellt, wo mehrere Millionen erforderlich wären, die langfristig um ein Mehrfaches wieder zurückkämen. Das muss man ja mal sagen. Aber genau das ist ja das Problem bei dieser Politik, wie sie die CDU-Landesregierung betreibt: Es wird nicht nachhaltig gedacht. Eine nachhaltige Politik würde nämlich bedeuten, jetzt zu investieren und mittel- und langfristig viel zu sparen, sowohl ökonomisch als auch ökologisch - da patzen Sie total.

(Beifall bei B 90/Grüne und vereinzelt bei der SPD.)

Noch eine Anmerkung zu den Steuermehreinnahmen. Kollege Vogtel hat es ja heute Morgen offensichtlich nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Wir haben unsere Position klargestellt und gesagt, die 90 Millionen, die das Land an Steuermehreinnahmen vom Bund bekommt, sollen zu 100 Prozent in die Schuldentilgung fließen, weil in der letzten Woche deutlich geworden ist, dass es genügend Haushaltsreste gibt, um unsere Sparvorschläge gegenzufinanzieren. Ich bitte Sie, dies einmal zur Kenntnis zu nehmen. Ich finde es schon seltsam, wenn man hier in einem Redebeitrag etwas klarstellt, und danach jemand ans Rednerpult kommt und so tut, als hätte man das nicht gesagt. Herr Vogtel, ich weiß nicht, wo bei Ihnen die Ursache liegt, weshalb Sie das nicht wahrnehmen, ich will jetzt auch gar nicht mutmaßen. Aber so kann man in einer parlamentarischen Debatte nicht mit den Argumenten der Gegenseite umgehen, das sollte man auch nicht tun.

(Zurufe von der CDU. - Gegenrufe von der SPD.)

Und der Herr Vizepräsident kann einen dann ja auch mal anständig begrüßen, wenn man ans Rednerpult gerufen wird. Es schallt aus dem Wald so heraus, wie man hineinruft. Das ist nun mal so und das gilt auch für Herrn Vogtel.

(Zuruf des Abgeordneten Jungmann (CDU).)

Ich bleibe beim Thema Steuermehreinnahmen. Die Landesregierung ist ja so stolz auf die gute Wirtschaftslage im Saarland, die in der Tat Steuermehreinnahmen generiert. Nur - auch das muss man immer wieder mal erwähnen -: Woher kommt denn diese gute Entwicklung? Ich habe es heute Morgen bereits als Zwischenruf in die Debatte einfließen lassen. Verantwortlich für die gute wirtschaftliche Entwicklung an der Saar ist nicht die Landesregierung, das muss man immer wieder betonen. Die Verantwortung tragen die Arbeitnehmer und das Management der Unternehmen, die eben gut am Markt positioniert sind. Daher kommt auch der Erfolg hier im Saarland und es hat einen gewissen Beigeschmack, wenn sich die Landesregierung immer wieder mit fremden Federn schmückt. An dieser Stelle sollte in die Debatte auch mehr Klarheit und mehr Wahrheit rein. - Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

**Vizepräsident Vogtel:**

Herzlichen Dank, Herr Fraktions- und Landesvorsitzender. Das Wort hat nun der Kollege Alexander Funk.

**Abg. Funk (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Oktober diskutierten und beschlossen wir den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zum Thema demografischer Wandel. Dabei habe ich unter anderem auf die hohen finanziellen Belastungen der Kommunen hingewiesen, die mit der Alterung und dem Rückgang der Bevölkerung verbunden sind. Rückgehende Einwohnerzahlen gehen einher mit sinkenden Steuereinnahmen. Andererseits erfordert der Umbau zu einer barrierefreien Stadt enorme finanzielle Mittel. Und wenn man in den Gemeinden und Städten den Eindruck einer sterbenden Region verhindern will, müssen auch Konzepte für leerstehende Häuser entwickelt werden. Wichtig ist, dass unsere Kommunen diese The-

**(Abg. Funk)**

men erkennen und rechtzeitig zukunftsweisende Entscheidungen einleiten.

(Abg. Gillo (SPD): Deshalb wird neuer Büroraum in Reden geschaffen.)

Auf diesem Weg wollen wir, die CDU-Fraktion, die Gemeinden und Städte im Saarland unterstützen.

Dabei darf das Thema Alterung der Gesellschaft nicht mehr ausschließlich als Damoklesschwert thematisiert werden, das die Grundlagen unseres Wohlfahrtsstaates bedroht. Vielmehr müssen die ökonomischen und sozialen Chancen, die aus einer älter werdenden Gesellschaft resultieren, in den Fokus der Betrachtung gerückt werden. Der jüngst erschienene Altenbericht der Bundesregierung stellt dies auf über 500 Seiten eindrucksvoll dar.

Auch wir als CDU-Fraktion ergreifen die Chancen des demografischen Wandels und stellen mit unserem Abänderungsantrag im Wirtschaftsplan des Landesamtes für Zentrale Dienste bis zu 500.000 Euro für ein demografiesensibles Investitionsprogramm zu Verfügung. Dieses Programm dient zur Verbesserung beziehungsweise Herstellung altersgerechter Wohnformen. Durch Planung, Um- und Neugestaltung sollen zukunftsfähige und generationenübergreifende Wohnformen geschaffen werden. Damit unterstützen wir einerseits unsere Städte und Gemeinden bei ihren Bemühungen, neue Nutzungskonzepte für leerstehende Gebäude in den Ortszentren zu entwickeln. Andererseits eröffnen wir den Menschen Möglichkeiten, in ihrer gewohnten Umgebung wohnen zu bleiben.

Frau Möller hat in der erwähnten Sitzung im Oktober vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass die ältere Generation es vorzieht, so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung zu bleiben und sich die notwendigen Dienstleistungen dorthin einzukaufen. Damit sind in erster Linie die eigenen vier Wände gemeint und die Vorstellung, bei Bedarf sich haushaltsnahen Service wie Einkaufen, Putzen und Waschen zu mieten. Allerdings hat das Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum in einer empirischen Untersuchung festgestellt, dass eine unrealistische Vorstellung bezüglich der Preise, die für solche Dienstleistungen zu entrichten sind, vorherrscht. So besteht bei älteren Menschen zwar ein überdurchschnittliches Interesse an solchen Leistungen, aber eine unterdurchschnittliche Zahlungsbereitschaft. Für Putztätigkeiten in der Wohnung werden beispielsweise circa 30 Euro monatlich veranschlagt, für tägliche Mahlzeitendienste circa 45 Euro. Zu solchen Preisen kann jedoch ein Dienstleistungsangebot nicht wirtschaftlich angeboten werden.

Die Befragung hat zwar auch ergeben, dass derzeit die Mehrheit der älteren Menschen noch auf die Unterstützung von Verwandten, Freunden und Bekannten sowie der Nachbarschaft zurückgreifen kann. Doch die demografische Entwicklung und veränderte Familienstrukturen führen in vielen Fällen zu einer Vereinsamung im Alter, was in Extremfällen zu schweren Krankheiten wie zum Beispiel Depression führen kann. Aus diesen Gründen sind sowohl Kommunen als auch Land aufgerufen, diese Entwicklungen genau zu verfolgen und rechtzeitig neue Strategien zu entwickeln.

Auch die Wohnraumförderung muss hierauf mit intelligenten Instrumenten reagieren, die finanzierbar, effizient und sozialpolitisch treffsicher sind. Es gibt zahlreiche neue Wohnkonzepte: Service Plus, Betreutes Wohnen, Wohnen Plus, Mehr-Generationen-Wohnen und Wohngruppenmodelle. Wir als Saarländer haben die Chance, ein Musterland für demografiesensibles Wohnen zu werden. Das bedeutet, den drohenden beziehungsweise bereits vorhandenen Leerstand in den Innenstädten zu nutzen, um neue Wohnungsformen anzubieten, die Ortszentren dadurch zu stärken und die vorhandene Infrastruktur besser auszulasten.

Das Kernstück dieser Strategie muss lauten, das soziale Netzwerk durch ehrenamtliches Engagement zu fördern. So benötigen wir Wohnformen, in denen sich die Menschen gegenseitig helfen können, zum Beispiel im Krankheitsfall Arztbesuche organisieren oder Einkäufe erledigen. Ziel muss sein, der steigenden Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken. So ist der Rollende Mittagstisch kritisch auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls durch gemeinsame Mahlzeiten in den Ortszentren zu ersetzen. Es muss Raum für Begegnungen geschaffen werden und die barrierefreie Stadt als Standard im Saarland gelten.

Generationenübergreifendes Wohnen und soziale Netzwerke bedeutet natürlich auch, Raum für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Die SPD schreibt hierzu in ihrem Antrag: "Wir müssen den Kindern und Jugendlichen eine Perspektive im Saarland geben. Das bedeutet Zukunft für unser Land." In diesem Punkt gebe ich Ihnen vollkommen recht. Aber dieses Thema hatten wir heute Morgen schon einmal. In der Analyse sind wir uns einig, aber den Worten folgen bei Ihnen keine Taten.

(Beifall bei der CDU.)

Ich erinnere nur an die Freistellung des dritten Kindergartenjahres, die Sie abgelehnt haben.

(Abg. Braun (SPD): Ist doch falsch.)

Sie haben sie abgelehnt, obwohl Kinder und ihre Familien dadurch Perspektiven erhalten und obwohl es Zukunft für unser Land bedeutet.

(Abg. Braun (SPD): Falsch. Einfach falsch. - Sprechen.)

Zukunft für unser Land bedeutet dieser Haushaltsentwurf 2007. Zukunft für unser Land bedeutet vor allem unsere Bildungs-, Kinder- und Jugendpolitik. Das dritte Kindergartenjahr zu einem Bildungsjahr zu reformieren bedeutet, die Zukunftschancen unserer Kinder zu verbessern. Das Programm Früh-Deutsch-Lernen bedeutet, insbesondere Migrantenkindern eine bessere Perspektive zu bieten.

Die Qualitätsverbesserungen im Rahmen der Grundschulreform bedeuten, unseren Kindern eine bessere Bildungschance einzuräumen. Das von der CDU eingeführte Schoolworker-Programm bedeutet, unseren Jugendlichen in schwierigen Situationen zu helfen. Zukunft für unser Land muss aber eine verlässliche Politik bedeuten, die nicht auf Sand gebaut ist und vernünftig gegenfinanziert ist.

(Abg. Braun (SPD): Cross over. - Sprechen bei der SPD.)

Zukunft heißt nämlich auch, auf Sicherheit setzen und durch weit-sichtige Maßnahmen die Zukunft sichern. Zukunft, insbesondere für unsere Kinder, heißt auch, die Nettokreditaufnahme zurückzuführen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf, der durch sparen, reformieren und investieren gekennzeichnet ist, trägt dieser Forderung Rechnung. Die heutige erstmalige Titelausweisung für ein demografiesensibles Investitionsprogramm ist ebenfalls ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Diese 500.000 Euro sind ein wichtiger Schritt, um die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen. Diese 500.000 Euro dokumentieren, dass sich die Arbeit der Enquetekommission auszahlt. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU.)

**Vizepräsident Vogtel:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Funk. Das Wort hat der Herr Kollege Manfred Baldauf.

**(Minister Hecken)**

Ja klar, Hamburg macht auch einen Vorschlag, die von der Leyen macht auch einen Vorschlag, die Antragskommission der CDU hat auch einen Vorschlag gemacht, den haben wir trotzdem abgelehnt und haben es gekippt.

(Große Heiterkeit. - Lachen und Beifall bei der CDU.)

Deshalb ist Vorschlag nicht gleich Vorschlag. Wir setzen unseren Vorschlag durch. - Danke schön.

(Lachen, fortdauernde große Heiterkeit und lang anhaltender Beifall von der CDU.)

**Präsident Ley:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 05 einen Abänderungsantrag eingebracht, der uns als Drucksache 13/1162 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 13/1162 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann kann ich feststellen, dass dieser Abänderungsantrag Drucksache 13/1162 einstimmig angenommen ist, bei Enthaltung der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion.

Es ist über das Kapitel 05 01 Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 05 01 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich kann dann feststellen, dass Kapitel 05 01 mit Stimmenmehrheit angenommen ist und zwar mit den Stimmen der CDU-Landtagsfraktion und der FDP-Landtagsfraktion bei Gegenstimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Einzelplan 05 im Übrigen. Wer für die Annahme des Einzelplans 05 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle dann fest, dass der Einzelplan 05 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt hat die CDU-Fraktion, abgelehnt haben die drei Oppositionsfraktionen im Parlament.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Kapitel der Übersicht 4, soweit über sie noch nicht abgestimmt ist. Wer für die Annahme unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle dann fest, dass der Einzelplan 05 sowie die Kapitel der Übersicht 4 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrags mit Stimmenmehrheit angenommen sind bei Zustimmung der CDU-Fraktion und Ablehnung der drei Oppositionsfraktionen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 18 - Verfassungsgerichtshof. Wer für die Annahme des Einzelplans 18 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 18 einstimmig mit der Zustimmung aller Fraktionen angenommen ist.

Wir kommen nun zu Übersicht 5. Das sind der Einzelplan 06 - Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft -, Einzelplan 17 Kapitel 17 06 und Einzelplan 20 Kapitel 20 06, 20 11, 20 21, 20 23 und 20 27.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Alexander Funk das Wort zur Berichterstattung über die in der Übersicht 5 aufgeführten Einzelpläne.

**Abg. Funk (CDU), Berichterstatter:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 06 umfasst die Kapitel 06 01 bis 06 34. Hinzu kommen aus dem Einzelplan 17 das Kapitel 17 06 und aus dem Einzelplan 20 die Kapitel 20 06, 20 11, 20 21, 20 23 und 20 27.

Der Ausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit dem Einzelplan befasst. Die Gesamteinnahmen betragen 13,9 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben betragen 783 Millionen. Im Kapitel 06 01 (Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft) betragen die Ausgaben 13,8 Millionen Euro. Hier sind 3 Planstellen und 2 Angestelltenstellen weniger vorgesehen als im Vorjahr.

Im Kapitel 06 02 (Allgemeine Bewilligungen) sind Ausgaben von 97 Millionen Euro vorgesehen. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4,5 Millionen Euro.

Im Kapitel 06 04 (Grundschulen) sind 55 Planstellen weniger vorgesehen. Die Ausgaben belaufen sich auf 87,9 Millionen Euro.

Im Kapitel 06 05 (Schulen für Behinderte) belaufen sich die Ausgaben auf insgesamt 42,1 Millionen Euro.

Kapitel 06 08 (Gymnasien) sieht ein Plus von 21 Planstellen vor. Die Ausgaben belaufen sich auf 85,8 Millionen Euro.

Kapitel 06 09 (Landesinstitut für Pädagogik und Medien) verzeichnet Ausgaben in Höhe von 1,6 Millionen Euro, wobei eine Planstelle und eine Angestelltenstelle hinzukommen.

Die Gesamtausgaben im Kapitel 06 10 (Gesamtschulen) belaufen sich auf 34,2 Millionen Euro.

Bei Kapitel 06 11 (Berufliche Schulen) belaufen sich die Ausgaben auf 72,7 Millionen Euro.

Im Kapitel 06 13 (Fachschulen) belaufen sich die Ausgaben auf 243.100 Euro.

Kapitel 06 15 (Staatliche Studienseminare) sieht Ausgaben in Höhe von 9,4 Millionen Euro vor.

Bei Kapitel 06 16 (Erweiterte Realschulen) sind 29 Planstellen weniger vorgesehen. Die Gesamtausgaben belaufen sich hier auf 77,3 Millionen Euro.

Kapitel 06 18 (Hochschule für Technik und Wirtschaft) sieht Ausgaben von 15,3 Millionen Euro vor. Hier sind zwei Planstellen und zwei Angestelltenstellen mehr vorgesehen.

Bei Kapitel 06 19 (Hochschule für Musik) kommt eine Planstelle hinzu. Die Ausgaben belaufen sich auf 3,86 Millionen Euro.

Kapitel 06 20 (Hochschule der Bildenden Künste) sieht Ausgaben in Höhe von 2,8 Millionen Euro vor.

Kapitel 06 21 (Universität). Hier sind keine Veränderungen bei den Planstellen vorgesehen. Der Plan sieht Zuführungen des Landes für laufende Zwecke in Höhe von 137,8 Millionen Euro vor, außerdem Zuführungen des Landes zu Personalkostensteigerungen in Höhe von 500.000 Euro sowie Zuführungen des Landes für Forschung und Lehre im Bereich der medizinischen Fakultät in Höhe von 11,9 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 157,730 Millionen Euro.

Kapitel 06 23 (Kunst- und Kulturpflege) verzeichnet Ausgaben von 30,1 Millionen Euro.

Im Kapitel 06 25 (Weiterbildung und Qualifizierung) belaufen sich die Ausgaben auf 3,2 Millionen Euro.

Im Kapitel 06 27 (Deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit) sind Ausgaben von 490.100 Euro vorgesehen.

**(Abg. Funk)**

Kapitel 06 29 (Kindergärten, Kinderkrippen und Kinderhorte) verzeichnet Ausgaben von 45.974.800 Euro. Hier bestehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von einer Million Euro.

Kapitel 06 34 (Kultus) verzeichnet Ausgaben von 1.151.100 Euro.

Im Einzelplan 17 werden im Kapitel 17 06 Ausgaben in Höhe von 3.516.200 Euro verzeichnet.

Im Einzelplan 20 sind im Kapitel 20 06 (Staatliche Hochbaumaßnahmen im Bereich des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft) Ausgaben von 1,7 Millionen Euro vorgesehen. Das entspricht einem Zuwachs von 491.500 Euro. Hier sind Verpflichtungsermächtigungen von 1,3 Millionen Euro vorgesehen.

Das Kapitel 20 11 (Hochbaumaßnahmen im Bereich der außeruniversitären Hochschulen) sieht Ausgaben in Höhe von 2,9 Millionen Euro vor. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 225.000 Euro.

Im Kapitel 20 21 (Hochbaumaßnahmen im Bereich der Universität) belaufen sich die Ausgaben auf 27,9 Millionen Euro. Verpflichtungsermächtigungen sind in der Summe von 15,9 Millionen Euro vorgesehen.

Im Kapitel 20 23 (Hochbaumaßnahmen im Bereich des Universitätsklinikums des Saarlandes, Homburg) belaufen sich die Ausgaben auf 10,1 Millionen Euro. Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 Millionen Euro.

Bei Kapitel 20 27 (Investitionshilfen zum Bau nichtstaatlicher Schulen) belaufen sich die Ausgaben auf 8,5 Millionen Euro. Verpflichtungsermächtigungen von einer Million Euro sind vorgesehen.

Im Ausschuss wurden von allen Fraktionen Änderungsanträge gestellt. Alle Anträge, die eine Mehrheit fanden, liegen Ihnen in Übersicht 5 vor. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des Einzelplans 06 unter Einbeziehung der Änderungsanträge, die im Ausschuss die Mehrheit fanden. - Herr Präsident, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Reiner Braun.

**Abg. Braun (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hätte der verbale Aktionismus, den der Bildungsminister bis zum Jahr 5 nach PISA an den Tag gelegt hat, einen Ertrag, würde er dem Saarland sicher einen Spitzenplatz unter den Bundesländern beschern. Auf den Spitzenplätzen für umfassende und konsequente Bildungsreformen findet man das Saarland aber ebensowenig wie bei den schulischen Rahmenbedingungen.

Jüngster erschreckender Befund, der allerdings für das kranke deutsche Bildungssystem insgesamt gilt: 40 Prozent der Fünfzehnjährigen sitzen Stunde um Stunde im Unterricht, ohne dass der Lehrer sie erreicht. An der Unfähigkeit von Schulen, mit Unterschieden produktiv umgehen zu können, hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre ebenso wenig geändert wie an der Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen oder Migranten-Familien. Das deutsche Bildungssystem im Allgemeinen und das saarländische im Besonderen produziert mit seinem unseligen Sortieren nach der Grundschule immer mehr Verlierer. Schule wird für viele ausschließlich zum Ort des Versagens. Die Pflichtschulen werden zunehmend zum Auffangbecken ausgemusterter Gymnasiasten. Und der hiesige Bildungsminister begegnet allen Initiativen der

Opposition in diesem Hause, diesen Missstand zu beheben, mit Ignoranz und Arroganz.

(Beifall von der SPD und bei B 90/Grüne.)

Da Sie meinen Analysen reflexartig misstrauen, setze ich einmal auf die Autorität des Bundespräsidenten, der in seiner Berliner Rede das zentrale Problem des deutschen Bildungssystems, die soziale Auslese geißelt. Ich zitiere: Hauptschüler haben keine Berufs- und Lebensperspektiven. Kinder aus bildungsfernen Schichten schaffen nur selten den Sprung auf das Gymnasium. Von einer Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung sind wir noch weit entfernt. Zitat Ende.

Beschlussanträge, die wir im Laufe dieses Jahres gestellt haben, um dieser pädagogischen Bankrotterklärung ein Ende zu bereiten - ich erinnere zum Beispiel an die Anträge zur Abschaffung des Sitzenbleibens und die Abschaffung der Sonderschule für Lernbehinderte -

(Abg. Schmitt (CDU): Ja, ja, das ist der Stein der Weisen!)

bereichert die Mehrheit dieses Hauses mit Weisheiten wie: eine Schule ohne Sitzenbleiben ist eine Schule ohne Anreize zum Lernen, dem Sitzenbleiber wird eine kostenlose staatliche Nachhilfe gewährt. Um die Diskriminierung der Schüler der Lernbehindertenschule zu beenden, etikettieren Sie sie einfach um und nennen sie Förderschule. Der Ehrgeiz dieser Landesregierung und dieser Mehrheitsfraktion, sich an Substanzlosigkeit von niemandem übertreffen zu lassen, ist allzu hoch entwickelt.

(Beifall bei der SPD und B 90/Grüne.)

Richten Sie Ihren Ehrgeiz darauf, aus empirischen Befunden endlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen! Bezogen auf meine beiden Beispiele lauten die empirischen Befunde: Sitzenbleiben ist eine gigantische Geldverschwendung, ist eine Vergeudung von Lebenszeit und bringt keinen Lernzuwachs. Erfolgreiche Bildungsländer setzen auf konsequente individuelle Förderung. Seit mehr als 30 Jahren entzaubert die pädagogische Forschung das Sitzenbleiben als unsinnig. In Schulen für Lernbehinderte findet sich eine Überrepräsentanz der Kinder nicht deutscher Herkunft, eine Überrepräsentanz der Armen und der Jungen, gemeint ist das männliche Geschlecht. Sonderschulen - das ist empirisch belegt - gleichen diese Benachteiligungen nicht aus. Im Gegenteil, sie vergrößern sie noch.

(Abg. Schmitt (CDU): Aha!)

Alles Tatbestände, die einen eklatanten Verstoß gegen das Grundgesetz unseres Landes beinhalten. Ich komme zu den Fakten, wie sie uns Lehrer- und Elternvertreter im Rahmen der Haushaltsberatungen präsentierten, Fakten - es wird Sie wahrscheinlich wundern -, die fundamental der regierungsamtlichen Propaganda widersprechen. Diese Fakten werden gestützt vom Statistischen Bundesamt, das im April dieses Jahres nachweist, dass das Saarland bei den Bildungsausgaben die rote Laterne unter den Bundesländern einnimmt. Dem entspricht die Tatsache, dass das Saarland bei der Schüler-Lehrer-Relation in allen weiterführenden Schulformen die letzte beziehungsweise vorletzte Stelle aller Bundesländer einnimmt. Sicherlich kein Indiz dafür, dass im Saarland individuelle Förderung mit Erfolg praktiziert werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Wem da noch das Wort vom Aufsteigerland in den Mund kommt, der ist schlicht und einfach ein Hochstapler. Die ersten Klassen der Grundschulen werden von Jahr zu Jahr größer. Folge der bislang einmaligen Schulschließungswelle, die Sie im letzten Jahr eingeleitet haben.

(Abg. Schmitt (CDU): So einmalig war das nicht! - Zuruf der Abgeordneten Rink (CDU).)